

Einer ungewissen Zukunft entgegen

Die 1. Sitzung des 11. Nationalen Volkskongresses der VR China

Vom 5. bis zum 18. März 2008 tagte in Peking der Nationale Volkskongress (NVK) der Volksrepublik China. Die von der chinesischen Führung in den vergangenen Jahren verfolgte Politik des sozialen Ausgleichs wurde vom höchsten politischen Organ noch einmal bekräftigt. Im Mittelpunkt der politischen Beratungen standen aber auch der Kampf gegen die galoppierende Inflation sowie eine Reform der Ministerien. Der Versammlung kam in diesem Jahr noch eine besondere Bedeutung zu. Es war die konstituierende Sitzung des 11. Nationalen Volkskongresses, der in dieser Zusammensetzung bis 2013 bestehen bleiben wird. Damit verbunden war die Wahl des neuen politischen Führungspersonals der Volksrepublik für die kommenden fünf Jahre. Zeitgleich mit dem NVK tagte auch die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV), das oberste beratende Gremium des Landes. Überschattet wurden die Sitzungen von den Unruhen in Tibet.

Einmal im Jahr versammeln sich die rund 3.000 Delegierten des Nationalen Volkskongresses für fast zwei Wochen in der Großen Halle des Volkes in Peking. Traditionell wird der Konvent immer mit einem ausführlichen Rechenschaftsbericht des Ministerpräsidenten eröffnet, in dem dieser eine Bilanz über die Arbeit des vergangenen Jahres zieht und das Programm der

Regierung für das Folgejahr skizziert. An den darauf folgenden Tagen präsentieren dann die verschiedenen Ministerien, der Oberste Volksgerichtshof sowie die Generalstaatsanwaltschaft ihre Arbeitsberichte. Diese werden anschließend, ebenso wie bedeutende Gesetzes- und Reformvorhaben, im Plenum beraten. Zu Beginn einer neuen Legislaturperiode – wie in diesem Jahr – wird vom Volkskongress auch die neue Regierung gewählt.

Die Delegierten des NVK werden nach einem indirekten Verfahren von den Volkskongressen auf den unteren Ebenen bestimmt.¹ Sorgfältig nach Proporz Kriterien ausgewählt, sollen sie sämtliche Schichten der Gesellschaft repräsentieren und auf diese Weise der Herrschaft der Kommunistischen Partei die nötige Legitimation verleihen. Auf eine "repräsentative" Mischung wird dabei besonders großen Wert gelegt. In diesem Jahr waren erstmals auch drei Vertreter der 130 Millionen Wanderarbeiter unter den Mitgliedern des NVK. Der symbolische Schritt wurde in den staatlichen Medien ausgiebig rezipiert und sollte deutlich machen, dass die Partei eine stärkere Vertretung auch der unteren Einkommenschichten im Volkskongress anstrebt.

Spekulationen im Vorfeld, der 18-jährige Gyaltsen Norbu, in seiner Funktion als 11. Panchen Lama zweithöchstes Oberhaupt des tibetischen Buddhismus (nach Peking)

¹ Vgl. Heilmann 2004, S. 136.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

Lesart), könnte ebenfalls in den NVK, ja sogar in dessen Ständigen Ausschuss gewählt werden, bewahrheiteten sich nicht. Ein Regierungssprecher dementierte entsprechende Medienberichte und teilte lediglich mit, der Panschen Lama habe zum Zeitpunkt der Ernennung der Delegierten noch nicht die Volljährigkeit erreicht.²

Neues Führungspersonal

Die wesentlichen Personalentscheidungen des Volkskongresses waren bereits im vergangenen Herbst auf dem 17. Parteitag der KPCh vorbereitet worden. Dort hatten die Delegierten Hu Jintao für weitere fünf Jahre in seinem Amt als Generalsekretär der KPCh bestätigt sowie das Zentralkomitee und das Politbüro bzw. dessen Ständigen Ausschuss neu besetzt.³ Durch die Erhebung der entsprechenden Personen in Positionen mit politischer Verantwortung wurde dieser Schritt nun auch auf der Staatsebene nachvollzogen.

Erwartungsgemäß bestätigten die Delegierten Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao für jeweils eine weitere Periode von fünf Jahren in ihren Ämtern. Hu wurde mit 2.956 von 2.967 Stimmen (3 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen), Wen mit 2.926 Stimmen (21 Gegenstimmen, 12 Enthaltungen) gewählt. Der Staatspräsident wurde zudem mit 2.959 Stimmen erneut zum Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission bestellt. Neuer Vizepräsident wurde der 55-jährige Xi Jinping, bislang Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing. Er erhielt

² Es existieren zwei Panschen Lamas. Der oben genannte Gyaltzen Norbu wurde von der KPCh ausgewählt und gilt gemeinhin als Marionette Pekings. Der Dalai Lama hatte ein anderes Kind als Reinkarnation des Panschen Lama identifiziert. Sein Schicksal ist allerdings unbekannt, internationale Medien sprechen von dem "jüngsten politischen Gefangenen der Welt". Vgl. Kristine Kwok: NPC job proposal to groom Beijing's lama for leadership role, in: South China Morning Post (1.3.2008); "Panchen Lama too young to enter China's top legislature" in: Xinhua (4.3.2008).

³ Zum 17. Parteitag ausführlich vgl. Jochen Kleining: "Auf der Suche nach Harmonie. Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas", in: KAS-Länderbericht (11/2007), www.kas.de/china.

2919 Stimmen (bei 28 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen). Xi war bereits auf dem 17. Parteitag in den Ständigen Ausschuss des Politbüros aufgerückt und ist – nach einhelliger Meinung von Beobachtern – damit auch aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge des amtierenden Präsidenten Hu Jintao. Sein Vorgänger Zeng Qinghong, ein Vertrauter des ehemaligen Präsidenten Jiang Zemin, hatte die Position freigegeben. Er dürfte allerdings über eine Reihe von Verbündeten auch weiterhin einen nicht unbeträchtlichen Einfluss auf die Politik ausüben. Xi Jinping galt als Kompromisskandidat, dessen Nominierung zum möglichen Nachfolger Hu Jintaos von Zeng Qinghong anscheinend zur Bedingung für dessen Rücktritt aus der aktiven Politik gemacht worden ist.⁴

Li Keqiang, ein langjähriger Vertrauter Hu Jintaos, dem bis zum 17. Parteitag noch die größten Chancen auf die Nachfolge des Präsidenten vorausgesagt worden waren, wurde erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten Wen Jiabao und damit Kandidat mit großen Chancen, einmal Nachfolger des Premiers zu werden. Er besetzt einen vakanten Posten. Sein Vorgänger, Huang Ju, starb bereits im Sommer des vergangenen Jahres. Als erster Vizepremier ist Li Keqiang für die Wirtschaftspolitik sowie für die Koordinierung der Regierungsarbeit verantwortlich.

Im Rennen um die Nachfolge an der Partei- und Staatsspitze stehen nun die zwei aussichtsreichsten Kandidaten fest. Xi Jinping könnte 2013 Hu Jintao beerben und Li Keqiang Wen Jiabao nachfolgen. Fünf Jahre sind allerdings in der Politik eine lange Zeit. Kleinste Fehler der beiden Kandidaten könnten bereits dazu führen, dass die Karten wieder neu gemischt werden müssten. Es bleibt deshalb abzuwarten, wie sie sich

⁴ "Election puts Xi Jinping a Step closer to top post", in: South China Morning Post (16.3.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

in ihren neuen Funktionen auf der nationalen Ebene bewähren.

Neben Li Keqiang wurden drei weitere Vizepremiere bestellt, damit einer mehr als in den vergangenen Jahren. Wang Qishan, bislang Bürgermeister von Peking, wurde die Verantwortung für den Bereich Finanzen, Außenhandel und Investitionen übertragen. Zhang Dejiang, vormaliger KP-Generalsekretär der Provinz Guangdong, übernimmt zukünftig den Bereich Wirtschaftsplanung und Industriepolitik. Hui Liangyu, der wieder gewählt wurde, ist weiterhin für die Agrarpolitik zuständig.

Spekulationen im Vorfeld, es könne ein Vizepremier für den Bereich der Sozialpolitik bestimmt werden, haben sich nicht bewährt. Experten hatten Frau Liu Yandong, bislang Leiterin der Abteilung für die Beziehungen zu den nicht-kommunistischen Parteien in der Einheitsfront, als wahrscheinliche Kandidatin für diese Funktion genannt. Frau Liu wurde jedoch überraschend nur zu einem der fünf Staatsräte (eine Ebene unterhalb der Vizepremiere) gewählt. Sie ist nach dem Ausscheiden von Frau Wu Yi, (die den Rang eines Vizepremiere innehatte), die einzige Frau im engeren Führungskreis von Staat und Partei.⁵ Es wird erwartet, dass sie den Bereich der Bildungspolitik übernimmt. Die vier weiteren Staatsräte sind der neue Verteidigungsminister Liang Guanglie, Polizeipräsident Meng Jianzhu, der ehemalige stellv. Außenminister Dai Bingguo sowie der ehemalige Leiter der Nationalen Kommission für Entwicklung und Reform, Ma Kai. Dieser übt zugleich die Funktion eines Generalsekretärs des Staatsrates und damit eines Stabschefs des Kabinetts aus.

Gewählt wurde zudem die neue Führung des Nationalen Volkskongresses. Hier wurde Wu Bangguo erwartungsgemäß in sei-

nem Amt als Vorsitzender des NVK bestätigt. Ihm zur Seite stehen 13 Stellvertreter, zwei weniger als in der Periode zuvor. Mehrheitlich handelt es sich dabei um ehemalige Führungspersonen sowie Vertreter der acht "Demokratischen Parteien" sowie bedeutender gesellschaftlicher Institutionen wie dem Allchinesischen Gewerkschaftsverband oder der Nationalen Akademie der Wissenschaften. Neu gewählt wurden auch die 161 Vertreter des Ständigen Ausschusses des NVK. Die Zahl der Kandidaten überstieg mit 173 leicht die Zahl der Posten. Zu den Verlierern gehören der ehemalige Parteichef von Peking, Li Zhijian (830 Gegenstimmen), sowie der vormalige Generalsekretär der KPCh in Tianjin (700 Gegenstimmen).

In der Zusammensetzung der mächtigen Zentralen Militärkommission des NVK kam es zu keinen personellen Veränderungen. Ihr Vorsitzender bleibt Hu Jintao, seine Stellvertreter sind Guo Boxiong und Xu Caihou (beide sind Generäle der Volksbefreiungsarmee).

Der Haushalt 2008: Mehr Geld für Soziales, Umweltschutz und Militär

Einen breiten Raum bei den Debatten des Nationalen Volkskongresses nahm der Haushalt 2008 ein. Die Gesamtausgaben der Regierung werden in diesem Jahr um 17,8 Prozent auf 3,48 Billionen Yuan ansteigen (1 Euro = 10,9 Yuan).⁶ Davon werden insbesondere die Bereiche Soziales, Infrastruktur und Umweltschutz, aber auch das Militär profitieren. Möglich wurden diese Mehrausgaben durch stark gestiegene Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren. Gleichzeitig soll das Haushaltsdefizit um 65 Milliarden auf 180 Milliarden Yuan gesenkt werden.

⁵ "Li Keqiang moves a Step closer to be next premier", in: South China Morning Post (18.3.2008).

⁶ Stand vom 13.3.2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

Die Sozialausgaben wurden um 19,8 Prozent auf 276,2 Milliarden Yuan aufgestockt. Insbesondere die Aufwendungen für das Gesundheitswesen nehmen stark zu, nämlich um 25 Prozent auf 83,2 Milliarden Yuan. Die größte prozentuale Steigerung verzeichnet jedoch der Bildungsetat. Er wurde um 45 Prozent auf 156,2 Milliarden Yuan angehoben. Trotz dieser beachtlichen Steigerungsrate ist Peking noch weit von seinem selbst gesteckten Ziel entfernt, 4 Prozent des BIP für die Bildung aufzuwenden.⁷

Ministerpräsident Wen Jiabao kündigte aber auch erhöhte Ausgaben für Infrastruktur- und Umweltschutzprojekte an. Sie sollen in erster Linie dazu beitragen, die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung zu verbessern. Für diese Maßnahmen hat die Regierung im neuen Haushalt 152,1 Milliarden Yuan bereitgestellt (nach nur 17,7 Milliarden im Vorjahr). Für die Förderung der Landwirtschaft sowie die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bauern steht eine Summe von 562,5 Milliarden Yuan zur Verfügung, ein Plus von 130,7 Milliarden.

Bereits im Vorjahr waren die Zuwendungen für das Militär um 17,8 Prozent angehoben worden. Nun kündigte Ministerpräsident Wen eine erneute Erhöhung um 17,6 Prozent an. Damit liegt der Verteidigungshaushalt nach offiziellen Angaben bei 417,77 Milliarden Yuan. Mit 62,38 Milliarden ist dies in absoluten Zahlen gemessen die größte Budgeterhöhung für ein einzelnes Ressort. Experten gehen allerdings davon aus, dass die tatsächlichen Ausgaben für die Volksbefreiungsarmee um das Dreifache höher liegen. Die militärische Aufrüstung der Volksrepublik hat in der Vergangenheit international Unbehagen ausgelöst. Unmittelbar vor Beginn des Volkskongresses zeigte sich die US-Administration in

⁷ Dies wurde auch von Delegierten der Konsultativkonferenz kritisiert. Raymond Li: "Huge boost in education spending fails to impress", in: South China Morning Post (6.3.2008).

einem Bericht des Pentagon besorgt über diese Entwicklung.

Kampf gegen die Inflation

Beherrschendes Thema beim diesjährigen Plenum des NVK war die galoppierende Inflation. Seit Mitte 2007 sind die Preise immer schneller gestiegen. Im Februar 2008 lag die Teuerungsrate bereits bei 8,7 Prozent (im Vergleich zum Vorjahresmonat) und damit auf dem höchsten Stand seit 11 Jahren.⁸ Einen besonders starken Preisanstieg verzeichneten dabei die Lebensmittelpreise, und zwar um 23,3 Prozent. Dies hat insbesondere in den unteren Einkommensschichten für Unmut gesorgt. Ministerpräsident Wen Jiabao stellte deshalb konsequent den Kampf gegen die Inflation in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Als Ziel nannte er, die Teuerung in 2008 auf dem Niveau des Vorjahres (4,8 Prozent) zu halten.⁹ Ob diese Zielmarke erreicht werden kann, ist angesichts steigender Rohstoffpreise auf den Weltmärkten sowie der Auswirkungen der verheerenden Schneestürme, die zu Jahresbeginn weite Teile der Ernte in den südlichen und zentralen Provinzen des Landes vernichtet haben, mehr als zweifelhaft.¹⁰

Neben der Inflation bereitet der Regierung die Entwicklung der nach wie vor weitgehend vom Export abhängigen Wirtschaft Sorge. Gegenwärtig gibt es Anzeichen sowohl für eine Überhitzung als auch für eine mögliche Abkühlung.¹¹ Im vergangenen Jahr hatte Peking bereits eine Reihe von geldpolitischen Maßnahmen ergriffen, um

⁸ "China's February inflation hits 11-year high", in: South China Morning Post (11.3.2008).

⁹ Im letzten Jahr hatte die Zielmarke noch bei 3 Prozent gelegen.

¹⁰ Für einen Überblick über die Wirtschaft der Volksrepublik vgl. Britta Schmitz: "Chinas Wirtschaft zum Jahresende 2007", in: KAS-Länderbericht China 2/2008. (www.kas.de/china)

¹¹ So brach z.B. erst jüngst Chinas Exportüberschuss um 63 Prozent ein: von 19,5 Mrd. im Januar auf nur noch 8,6 Mrd. im Februar. Gleichzeitig ist die Zahl ausländischer Direktinvestitionen in den ersten zwei Monaten des Jahres überraschend um 75 Prozent gestiegen. "Foreign investment in mainland surges 75pc", in: South China Morning Post (13.3.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

das Wirtschaftswachstum (zuletzt über 11 Prozent) abzubremesen.¹² Für 2008 hat Ministerpräsident Wen Jiabao nun eine Fortsetzung der restriktiven Finanz- und Steuerpolitik angekündigt. Für das laufende Jahr gab er als Ziel für das Wirtschaftswachstum die Marke von 8,0 Prozent vor.¹³ (Allerdings hat es die Regierung in den letzten Jahren nicht vermocht, ähnlich lautende Zielmarken einzuhalten.) Vor dem Hintergrund der US-Finanzkrise, deren direkte Auswirkungen auf die chinesischen Banken Zentralbankchef Zhou Xiaochuan als gering bezeichnete, widmete Wen einen ganzen Absatz seiner Regierungserklärung der Gefahr eines weltweiten Abschwungs. Er warnte dabei vor unvorhersehbaren Gefahren für die Volksrepublik.¹⁴ Einige Ökonomen empfehlen bereits, angesichts dieser neuen Situation die monetären Zügel wieder etwas zu lockern. Dadurch könnte allerdings die Inflation wieder angeheizt und die Anstrengungen der Regierung, eine Überhitzung der Wirtschaft zu verhindern, unterlaufen werden.

Fortsetzung der Sozialreformen

In seinem Regierungsprogramm für das Jahr 2008 betonte Ministerpräsident Wen Jiabao noch einmal die zentrale Bedeutung der Schaffung umfassender sozialer Sicherungssysteme für die weitere Entwicklung des Landes. In den vergangenen Jahren spiegelte sich diese neue Schwerpunktsetzung auch in der Gesetzgebungstätigkeit des Nationalen Volkskongress wider. Während anfänglich die legislative Arbeit in erster Linie auf die Gestaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung ausgerichtet war, steht nun die Ausarbeitung von Gesetzen zum Auf- und Ausbau des sozialen Sicherungssystems sowie zur Durchsetzung von

mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft im Vordergrund. Neben einem am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen neuen Arbeitsvertragsgesetz sind unter den 20 für 2008 geplanten Gesetzesvorhaben u.a. auch ein neues Sozialhilfegesetz sowie ein Lebensmittelsicherheitsgesetz.

Der Vorsitzende des NVK, Wu Bangguo, der mit 2.948 Stimmen wieder gewählt wurde, machte in seiner Ansprache deutlich, dass noch eine ganze Reihe weiterer Sozialgesetze verabschiedet werden müssen, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung signifikant zu verbessern und wie vorgesehen bis zum Jahr 2010 den Aufbau des Rechtssystems abzuschließen.

Mit den erhöhten Ausgaben für Bildung soll der öffentlichen Unzufriedenheit über das zuletzt vielfach gescholtene chinesische Bildungssystem begegnet werden. Spürbar wurde dieser Unmut auch unter den Delegierten des NVK. Bildungsminister Zhou Ji musste bei seiner Wiederwahl die höchste Anzahl von Gegenstimmen (384 von 2942 Stimmen) in Kauf nehmen. Vom Herbst 2008 an soll nun der Grundschulbesuch für alle Kinder kostenfrei sein. Bereits im vergangenen Jahr waren die Kinder von Familien auf dem Lande vom Schulgeld befreit worden. Wen Jiabao versprach, bald auch den Kindern von Migranten ein Recht auf Schulbildung in den Städten zu gewähren. Bislang ist es für Wanderarbeiter sehr schwierig, ihre Kinder auf städtische Schulen zu schicken.¹⁵

Bestätigt wurde noch einmal Chinas umstrittene Ein-Kind-Politik. Im Vorfeld hatte es Gerüchte über eine Abmilderung der rigiden Vorschriften gegeben.¹⁶ Vereinzelt war von Regierungsvertretern eine Lockerung der Regelung in Aussicht gestellt wor-

¹² Unter anderem Zinserhöhungen sowie eine Anhebung der Zwangseinlagen für die staatlichen Banken.

¹³ Im vergangenen Jahr hatte das Wirtschaftswachstum es bei 11,4 Prozent gelegen.

¹⁴ Cary Huang: "Wen warns of threat from global economic slowdown", in: South China Morning Post (6.3.2008).

¹⁵ Vgl. Tom Awe: Der verzweifelte Marsch in die Stadt – Shanghai und das Phänomen der Migration, in: KAS-Auslandsinformationen 7/2007.

¹⁶ Chinesischen Paaren in den Städten ist lediglich ein Kind gestattet, auf dem Lande sind es zwei, wenn das erste Kind ein Mädchen ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

den. Zhang Weiqing, Minister für Bevölkerung und Familienplanung, machte jedoch auf dem Volkskongress deutlich, dass es in den kommenden 10 Jahren keine Änderung der Ein-Kind-Politik geben werde.¹⁷

Die Sozialpolitik der Regierung stößt allerdings nicht überall auf Zustimmung. Von Vertretern der Wirtschaft wurde auf dem Volkskongress mehrfach Kritik geäußert, hier insbesondere an dem neuen Arbeitsvertragsgesetz. Dieses Regelwerk verpflichtet die Unternehmen, Überstunden ordnungsgemäß zu bezahlen, den Arbeitern eine Sozialversicherung zu gewähren sowie ihnen nach zehn Jahren der Betriebszugehörigkeit einen unbefristeten Arbeitsvertrag anzubieten. Viele Unternehmer klagen nun über steigende Personalkosten. Angesichts der hohen Rohstoffpreise, einer sich möglicherweise abschwächenden Weltwirtschaft und einer weiteren Aufwertung des Yuan fürchten Chinas Produzenten, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren und verlangen deshalb eine Revision des Gesetzes.¹⁸ Eine besonders erhitzte Debatte wurde dabei von Zhang Yin angestoßen, Unternehmerin und Delegierte der Politischen Konsultativkonferenz, die 2006 zur reichsten Frau Chinas gekürt wurde. Sie forderte verschiedene Änderungen beim neuen Arbeitsvertragsgesetz, dass sie als zu weitgehend kritisierte. Sie schlug stattdessen eine steuerliche Entlastung der oberen Einkommenschichten vor.¹⁹ Der Sprecher des Nationalen Volkskongresses, Jiang Enzhu, wies diese Forderungen zurück und appellierte an die Unternehmen, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Im Gegenzug verpflichtete sich jedoch die Regierung, klare Richtlinien für die Anwendung des umstrittenen Gesetzes auszuarbeiten, um

so Unsicherheiten über dessen Implementierung auszuräumen.²⁰

Mehr Anstrengungen beim Umweltschutz

Die während der Tagung des NVK angekündigten Maßnahmen zum Umweltschutz stehen in einem engen Zusammenhang mit den Initiativen der Regierung auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Von hoher Dringlichkeit für 2008 sind, so Wen, vermehrte Anstrengungen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Nutzung alternativer Energien und Säuberung verschmutzter Gewässer. Bereits begonnene umweltpolitische Programme sollen fortgesetzt werden. Es gilt weiterhin der im Jahr 2006 vorgestellte ambitionierte Plan zur Reduzierung der Umweltbelastung. Danach soll China bis zum Jahr 2010 den Energieverbrauch pro Einheit/BIP um 20 Prozent und die Luftverschmutzung um 10 Prozent senken. Momentan ist man allerdings noch weit entfernt, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen.²¹ Wen kündigte deshalb vermehrte Anstrengungen an. Insbesondere sollen vermehrt energieeffiziente Technologien zur Anwendung kommen. Der Ministerpräsident appellierte in diesem Zusammenhang an die Provinzregierungen, den Umweltschutz ernst zu nehmen. Er nannte 10 Bereiche, denen künftig eine noch höhere Aufmerksamkeit zukommen soll, so u.a. der Schließung veralteter Fabriken, der Entwicklung neuer Projekte zum Sparen von Energie sowie der Wiederaufbereitung von Abwässern.

Auf dem Wege zum Rechtsstaat?

Mit Spannung war von den Delegierten der Rechenschaftsbericht des Obersten Volksgerichtshofes sowie der Generalstaatsanwaltschaft erwartet worden. In den ver-

¹⁷ "Beijing to stick with one-child policy", in: South China Morning Post (10.3.2008).

¹⁸ Jane Cai: "Only certainty on the economy is hot debate", in: South China Morning Post (28.2.2008).

¹⁹ "Rich CPPCC member kicks up storm", in: China Daily (10.3.2008)

²⁰ "Regulations will clarify labor contract law", in: China Daily (11.3.2008).

²¹ Shi Jiangtao: "Wen vows to cut pollution", in: South China Morning Post (6.3.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA**

JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

gangenen Jahren hatten die Mitglieder des NVK beide Berichte mit sehr viel Kritik beachtet. Allgemein lässt sich eine große Unzufriedenheit mit dem Rechtssystem der Volksrepublik konstatieren, was einerseits in systemischen Defiziten wie der fehlenden Unabhängigkeit der Justiz, aber auch in der mangelhaften Ausbildung der Richter begründet ist. Auch in diesem Jahr erhielten die Berichte der beiden Justizorgane wieder die meisten Gegenstimmen von allen präsentierten Rechenschaftsberichten.²²

Über die Hälfte aller Verfahren im Zeitraum 2003 bis 2007 gehen inzwischen auf Eigentumsdelikte (Diebstahl, vor allem aber auch Korruption) zurück. Die Bekämpfung der Korruption wird deshalb nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft auch weiterhin Schwerpunkt der Aktivitäten dieses Organs sein, dann eingeschlossen der Kampf gegen die so genannten Triaden, die chinesische Variante der organisierten Kriminalität.²³

Einmal mehr wurde die politisch brisante Zahl der in China verhängten Todesurteile nicht preisgegeben. Seit Januar 2007 muss allerdings jedes Todesurteil vom Obersten Gerichtshof bestätigt werden. Ohne genaue Angaben über die Zahl dieser Urteile ist eine Einschätzung der tatsächlichen Wirkungen dieser Maßnahme nicht möglich. Menschenrechtsgruppen schätzen die Zahl der vollstreckten Todesurteile auf 1.000 bis 10.000 pro Jahr. Präziser wurde, wenn auch nicht näher erläutert, wurde im Rechenschaftsbericht die Zahl von 2.451 Verfahren angegeben, die auf den Tatbestand der "Gefährdung von Staatsgeheimnissen" zurückgehen, ein für die Anklage politisch

missliebiger Personen notorisch beliebter Vorwand.²⁴

Die längst überfällige Reform des Justizwesens stand in diesem Jahr nicht auf der Tagesordnung des NVK. Trotz aller Missstände in diesem Bereich lassen sich jedoch auch kleinere Fortschritte feststellen. So reichen z.B. immer häufiger Bürger ihre Klagen bei den Gerichten ein. Insofern scheint das Vertrauen in die Justiz langsam zuzunehmen. Letzteres wirkte sich jedoch noch nicht aus, denn der Volkskongress nahm einen Personalwechsel an der Spitze der beiden Organe vor. Neuer Präsident des Obersten Volksgerichtshofes wurde Wang Shengjun. Als langjähriges Mitglied der Zentralen Disziplinarkommission der Partei gilt Wang als erfahren im Kampf gegen die Korruption. Das Amt des Generalstaatsanwalts ging an Cai Jianming, ein renommiertes und auch international bekannter Rechtsprofessor der East China University of Political Science and Law.²⁵

Auf der abschließenden Pressekonferenz kündigte Premier Wen Jiabao an, China werde die UN-Konvention über bürgerliche und politische Rechte "so bald wie möglich" ratifizieren. Peking hat dieses Dokument bereits 1998 unterzeichnet, bislang jedoch noch nicht in Kraft gesetzt.

Außenpolitik

In dem Teil seines Rechenschaftsberichts, der der Außenpolitik gewidmet war, berief sich der Ministerpräsident zum ersten Mal nicht mehr auf die so genannten "fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz". Diese außenpolitische Doktrin aus dem Jahre 1954 bildete in der Vergangenheit die ideologische Grundlage für Peking, sich nicht in

²² Von den 2.967 Delegierten stimmten 521 gegen Bericht des Gerichtspräsidenten (bei 120 Enthaltungen). Der Bericht der Generalstaatsanwaltschaft erhielt 514 Neinstimmen und 142 Enthaltungen.

²³ "Graft and triads the main focus of courts over the past years", In: South China Morning Post (10.3.2008).

²⁴ "Gaps in prosecution, judicial work reports", in: South China Morning Post (12.3.2008); "Graft and triads the main focus of courts over the past 5 years", in: South China Morning Post (10.3.2008).

²⁵ "New top prosecutor earned respect as legal academic", "New courts chief a veteran in battle against corruption", in: South China Morning Post (17.3.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und umgekehrt sich jede Einmischung von außen zu verbieten. Diese Politik ist heute aus zwei Gründen nicht mehr aktuell: Erstens ist die weltwirtschaftliche Verflechtung Chinas inzwischen so weit vorangeschritten, dass die Volksrepublik ähnlich wie alle anderen Staaten die Auswirkungen zu spüren bekommt, wenn die amerikanische Notenbank die Zinsen hebt oder senkt. Zweitens macht Peking die Erfahrung, dass es am Maßstab einer verantwortlichen Großmacht gemessen wird. Bislang hat die Volksrepublik nur zögerlich in diese neue Rolle gefunden. Erst auf massiven internationalen Druck hin hat Peking jüngst seine Haltung gegenüber dem Sudan revidiert. In den Bereichen, in denen die nationale Sicherheit berührt wird (bspw. in Fragen der Energieversorgungssicherheit), greifen weiterhin jedoch die alten außenpolitischen Grundsätze. Und bei Themen, welche die Souveränität der Volksrepublik in Frage stellen, werden ebenfalls keinerlei Zugeständnisse gemacht. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass auf der Tagung des NVK erneut eine scharfe Warnung an Taiwan wegen separatistischer Bestrebungen erging.²⁶ Angesichts der herannahenden Olympischen Spiele wird die chinesische Führung zusehends nervös. Sie fürchtet, separatistische Gruppen könnten die Gunst der Stunde nutzen und durch terroristische Aktivitäten (siehe Xinjiang) oder Demonstrationen (siehe Tibet) im Vorfeld oder während der Olympiade die Weltaufmerksamkeit auf sich lenken.

So erregte die Notlandung einer aus Urumqi (Autonome Region Xinjiang) kommenden Maschine in Lanzhou vor Tagen Aufsehen. Die genauen Umstände des Zwischen-

²⁶ Auf der Insel wird am 21. März 2008 ein neuer Präsident gewählt. Peking beobachtet aufmerksam den taiwanesischen Wahlkampf. Nach der eher konfrontativen Politik des bisherigen Präsidenten Chen Shui-Bian hofft China nun auf einen Sieg der Kuomintang, die sich für eine verstärkte Kooperation mit dem Festland einsetzt.

falls sind bis heute ungeklärt. Die Regierung spricht von einem Attentatsversuch und nahm vier uigurische Passagiere fest.²⁷ Anschließend unterstrich die Führung der Autonomen Region Xinjiang noch einmal ihre Entschlossenheit, terroristische Aktivitäten in der Region unverändert hart zu bekämpfen.²⁸

Überschattet wurde der diesjährige Volkskongress von den eskalierenden Unruhen in Tibet, den schwersten seit 20 Jahren. Sie nahmen ihren Anfang am Jahrestag der Niederwerfung des Aufstandes von 1959. In ihrem Verlauf wurden Rufe nach einer Unabhängigkeit der Region immer lauter. In der Folge weiteten sich die Aufstände auf die von Tibetanern bevölkerten Teile der Provinzen Qinghai, Gansu, Yunnan und Sichuan aus. Mit einem massiven Militäraufgebot und einer Verhaftungswelle hat Peking inzwischen die Unruhen niedergeschlagen. Die Region ist zurzeit abgeriegelt. Hilfsorganisationen wurden ausgewiesen, internationalen Journalisten die Einreise verweigert, während Touristen ihren Aufenthalt vorzeitig beenden mussten. Weltweit haben die Vorfälle zu Forderungen nach einem Boykott der Olympischen Spiele geführt. Exakt diese Situation hatte die chinesische Führung um jeden Preis verhindern wollen. Pekings mühsam aufgebautes Image einer zunehmend verantwortlich handelnden und international kooperierenden Großmacht ist hierdurch angekratzt worden, der außenpolitische Schaden enorm.²⁹

²⁷ "Terror threat is real, says Xinjiang chief", in: South China Morning Post (12.3.2008).

²⁸ Xinjiang, eine autonome Region von der dreifachen Fläche Frankreichs, hat 20 Millionen Einwohner, 12 Millionen von ihnen gehören ethnischen Minderheiten an. Gruppen wie die East Turkestan Islamic Movement kämpfen seit Jahren für eine Unabhängigkeit von China. "No let-up in fight against 'forces of terror'", in: China Daily (8-9/3/2008)

²⁹ "Verhaftungswelle in Tibet – heile Welt in Olympia", in: FAZ.net (24.3.2008)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

Die Reform der Ministerien

Seit längerem leidet die Volksrepublik unter einem aufgeblähten Regierungsapparat. Die vielfältigen Kompetenzüberschneidungen zwischen den verschiedenen Ministerien verhindern eine effiziente Regierungsarbeit. Nun wurde eine Umstrukturierung beschlossen. Durch sie wird die Zahl der Ministerien von 28 auf 27 verringert. Gleichzeitig wurden aber auch fünf so genannte "Megaministerien" geschaffen mit dem Ziel, zentrale Politikbereiche zu bündeln und klarere Zuständigkeiten zu etablieren.

Neu ins Leben gerufen wurde ein Superministerium für Industrie und Information. Es vereint bisherige Bereiche der Nationalen Kommission für Entwicklung und Reform, der Kommission für Wissenschaft, Technologie und Verteidigungsindustrie sowie des Ministeriums für Informationsindustrie. Die neue Behörde wird insbesondere für die Reform des Telekommunikationssektors verantwortlich sein. Zudem soll sie die Industrie dabei unterstützen, Anschluss an internationale Qualitätsstandards zu finden. Das Ministerium wird künftig von dem Leiter der staatlichen Behörde für Arbeitssicherheit, Li Yizhong, geleitet. In seiner bisherigen Funktion hat sich Li, der bislang zu den populärsten Ministern zählte, um eine Reduzierung der berüchtigten Unfälle im Kohlebergbau bemüht. Mit der nun erfolgten Beförderung wurde diese Arbeit von der Parteiführung anerkannt.

Weiterhin wurde ein neues Transportministerium geschaffen, das die bisher unterschiedlich verteilten Zuständigkeiten für Straßenbau, Wasserwege und Luftfahrt bündeln soll. Ausgenommen ist hiervon nur das Eisenbahnministerium, das seine Eigenständigkeit bewahren konnte. Li Shenglin, bislang Minister für Kommunikation, wird das neue Superministerium übernehmen.

Die staatliche Arznei- und Lebensmittelbehörde, deren Vorsitzender im vergangenen Jahr nach einem Korruptionsskandal hingerichtet wurde, wurde in das Gesundheitsministerium eingegliedert. Das nun mächtiger gewordene Ministerium wird weiterhin von Chen Zhu, der als einziger Minister parteilos ist, geführt.

Zusammengelegt wurden ferner die bisherigen Ministerien für Personalwesen und für Arbeit zu einem neuen Superministerium für Humanressourcen und Soziale Sicherung. An seine Spitze wurde Yin Weimin, bislang Minister für das Personalwesen, berufen.

In den Rang eines Ministeriums wurde die staatliche Umweltschutzbehörde (SEPA) erhoben, damit dem Umweltschutz auf der Regierungsebene mehr Gewicht verliehen wird. Der bisherige Chef der Behörde, Zhou Shengxian, kann damit seine Arbeit – nun im Range eines Ministers - fortsetzen.

Neu geschaffen, wenn auch nicht als Superministerium, wurde ein Ministerium für "Housing and Urban, Rural Planning". Es ersetzt das bisherige Bauministerium, das zuletzt Schwierigkeiten hatte, den aufgeheizten Immobilienmarkt des Landes in den Griff zu bekommen. Eine der Hauptaufgaben der neuen Behörde wird sein, dafür Sorge zu tragen, dass künftig auch für Geringverdiener bezahlbare Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Geleitet wird das Ministerium vom bisherigen Vize-minister des mit der Reform abgeschafften Bauministeriums, Jiang Weixin.

Nicht zustande kam ein "Mega"-Finanzministerium mit Kompetenzen für die Steuer- und Währungspolitik. Stattdessen wurde die Zentralbank gestärkt. Ebenfalls nicht zustande kam ein Superministerium für Energie. Hier dürften die staatlichen Energiekonzerne, die im Falle einer Fusion um ihre Eigenständigkeit fürchteten, heftigen Widerstand geleistet haben. Ein Kern-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

element der Reform der Ministerien stellt schließlich noch die Schaffung einer Nationalen Energiekommission dar, die sämtliche Fragen in Zusammenhang mit der Energieversorgungssicherheit koordinieren soll.

Verlierer der Regierungsumbildung ist die vormals mächtige Kommission für Entwicklung und Reform, die sich nun ausschließlich auf das Makro-Management der Wirtschaft konzentrieren soll. Neuer Leiter der Kommission wurde überraschend der bisherige Vizeminister Zhang Ping. Er löst Ma Kai ab, der zu einem der fünf Staatsräte gewählt wurde.

Während die Regierungsumbildung in den staatlichen Medien gefeiert wurde, zeigten sich einige Experten skeptisch über diese bereits sechste Reform des Staatsrates seit dem Jahre 1982. Vielen gilt sie als mühsam ausgehandelter Kompromiss, der weit hinter den allgemeinen Erwartungen zurückgeblieben ist (Ursprünglich war von einer Reduzierung der Ministerien von 28 auf 21 und die Eliminierung eines Viertels der über 100 Minister- und Vizeministerposten die Rede).³⁰ Kommentatoren staatlicher Think-Tanks halten jedoch dagegen, dass diese Reform sich qualitativ von den vorangegangenen deutlich unterscheidet.³¹ Zudem sei sie erst der Beginn einer umfassenden administrativen Reform sein, die sich bis zum Jahre 2020 hinziehen soll.³² Es bleibt nun abzuwarten, ob sich der Staatsrat nach seiner Umbildung tatsächlich, wie angekündigt, in eine modernere, mehr dienstleistungsorientierte Verwaltung verwandeln wird. Einige Delegierte des NVK scheinen ebenfalls nicht ganz davon überzeugt gewesen zu sein: Die Reform wurde nur mit

2.744 Stimmen (von 2.967) angenommen, bei immerhin 117 Gegenstimmungen und 99 Enthaltungen.

Verantwortlich für die Umsetzung der Reform ist der neue erste Vizepremier Li Keqiang. Er übernimmt damit eine Aufgabe, die nicht wenige Beobachter als "mission impossible" bezeichnen. So dürfte sich die Umstrukturierung über mehrere Jahre hinziehen. Angesichts des komplizierten Gewirrs von Kompetenzen, Posten und Pfründen wird Li Keqiang dabei äußerst umsichtig vorgehen müssen. Es ist gleichsam seine politische Reifepfung. Meister der ehemaligen Parteisekretär von Henan und Liaoning, mit 52 Jahren das jüngste Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh, diese Aufgabe zur Zufriedenheit, qualifiziert er sich damit auch für höchste Staatsämter.

Fazit

Das Jahr 2008 ist nicht nur das Jahr der Olympischen Spiele in Peking. Es ist auch das Jahr, in dem in China die Reform- und Öffnungspolitik gefeiert wird, die vor 30 Jahren ihren Anfang genommen hat – ein Jubiläum, das über das ganze Jahr durch eine Vielzahl von Konferenzen und Festlichkeiten begleitet werden wird. In diesem Zusammenhang muss der diesjährige Nationale Volkskongress auch als eine Weichenstellung für den weiteren Verlauf des chinesischen Modernisierungsprozesses gesehen werden.

Seit den Amtsantritten von Hu Jintao und Wen Jiabao im Jahre 2003 und insbesondere seit dem Jahre 2005 bemüht sich die Regierung verstärkt um eine Politik des sozialen Ausgleichs, versinnbildlicht in dem omnipräsenten Slogan der "Harmonischen Gesellschaft". Sie soll mithelfen, die immer größer werdende Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern der Wirtschaftsreformen abzumildern und die marginalisierten Bevölkerungsschichten, insbesondere

³⁰ Allerdings ist langfristig gesehen die Zahl der Ministerien von 100 (1981) auf nun 27 massiv zurückgegangen. in: China Daily (12. 3.2008).

³¹ Ting Shi: "After five attempts, this revamp is expected to last", in: South China Morning Post (11.3.2008).

³² "Govt to be service-oriented", in: China Daily (12.3.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

die Bauern und Wanderarbeiter, stärker zu fördern. Ergänzt wird diese Politik in jüngster Zeit durch vermehrte Bemühungen im Bereich des Umweltschutzes. Die dabei aufgetretenen Probleme, die Ministerpräsident Wen Jiabao in seinem Rechenschaftsbericht vor dem NVK offen ansprach wie Inflation, Überhitzung der Wirtschaft, etc., sind keineswegs neu. Sie stellen allerdings nach allgemeiner Auffassung noch größere Herausforderungen dar als in den Jahren zuvor.

Die Volksrepublik steht erneut vor einem grundlegenden Strukturwandel. Sie ist dabei, ihre Rolle als billige Werkbank der Welt zu verlieren. Will China seine Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten erhalten, muss es noch mehr in qualitativ hochwertige Produkte investieren und sich in eine Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft verwandeln. China ist dabei allerdings ein Opfer seiner Ungleichzeitigkeit. Weite Teile des Landes verharren noch immer auf dem Stand eines Entwicklungslandes. Hoffnungen, die Dynamik der Städte werde mittel- bis langfristig auch das Hinterland erfassen, haben sich bislang nur zum Teil bewahrheitet. Vielerorts entspricht die Produktivität immer noch nicht internationalen Standards. Da auch die Binnennachfrage noch nicht genügend ausgeprägt ist, sind die Produzenten unverändert auf den Export angewiesen. Diese Strategie hat jedoch bei einem Rückgang der Weltkonjunktur fatale Folgen für die chinesische Wirtschaft. Insofern bereitet die Gefahr einer Rezession in den USA der Pekinger Führung zunehmend Sorgen. Gleichzeitig verhindert die Furcht vor Instabilität umfassende politische Reformen und damit eine effektivere Regierungsführung (über einen allgemeinen Appell Wen Jiabaos zur "Emanzipierung der Gedanken" hinaus standen politische Reformen in diesem Jahr nicht auf der Agenda des Volkskongresses). Das politische System entspricht immer weniger der wirtschaftlichen

und gesellschaftlichen Realität des Landes. Hinzu kommt, dass die Legitimation der Kommunistischen Partei nach wie vor zu ganz wesentlich darauf beruht, dass es für alle Chinesen in den vergangenen 30 Jahren stets aufwärts ging. Ob es der Partei gelingt, ihren Führungsanspruch aufrecht zu erhalten, wenn die wirtschaftliche Dynamik einmal nachlässt, ist noch völlig unklar. Die jüngsten Unruhen in Tibet werfen zudem ein Schlaglicht auf die fragilen Ränder des Vielvölkerstaates. Im Jahr der Olympischen Spiele geht die Volksrepublik einer ungewissen Zukunft entgegen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

Annex 1: Die neue Führung der VR China

Staatspräsident:

Hu Jintao, 64 (bestätigt)

Geboren 1942 im Bezirk Jixi, Provinz Anhui. Studierte an der Qinghua Universität in Peking, wo er zum Wasserbauingenieur ausgebildet wurde. In führenden Positionen in der Provinz Gansu und in der Autonomen Region Tibet sammelte er umfangreiche Erfahrungen in Chinas unterentwickeltem Westen. In den 90er Jahren Präsident der Parteihochschule in Peking. Seit 1992 im Ständigen Ausschuss des Politbüros, seit 2002 Staatspräsident und Generalsekretär der KPCh, seit 2004 auch Vorsitzender der Zentralen Militärkommission. Seine erste Amtszeit war von dem Bemühen gekennzeichnet, ein ausgewogeneres Wachstum herzustellen und den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme weiter voranzutreiben. Er wird voraussichtlich 2013 nicht mehr antreten.

Vizepräsident:

Xi Jinping, 53 (neu)

Geboren 1953 in Fuping, Shaanxi Provinz. Sohn eines einflussreichen Revolutionsveterans. Studierte zunächst chemische Verfahrenstechnik und promovierte danach zum Doktor des Rechts im Rahmen eines Postgraduiertenprogramms an der Eliteuniversität Qinghua. Seit 1993 auf verschiedenen Posten in der Führung der Provinzen Fujian und Zhejiang tätig. Im März 2007 zum Parteisekretär von Shanghai ernannt. Er galt als Überraschungssieger des 17. Parteitages, ein Kompromisskandidat, der für alle Parteifraktionen als akzeptabel erschien. Mit der Übernahme des Amtes des Vizepräsidenten wird seine Stellung als einer der möglichen Nachfolger Hu Jintaos im Jahre 2013 gefestigt.

Der Staatsrat

Ministerpräsident:

Wen Jiabao, 65 (bestätigt)

Geboren 1942 in Tianjin. Studierte Geologie und Ingenieurwesen in Peking. Überlebte den Sturz seines Mentors Zhao Ziyang, dem eine Unterstützung der Studentenbewegung 1989 vorgeworfen wurde. In den 1980er und 1990er Jahren Leiter des Büros des Zentralkomitees. Seit 2002 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Ministerpräsident. Er unterstützt den Kurs von Hu Jintao und zeigt sich gerne auch mit der einfachen Bevölkerung.

Erster stellv. Ministerpräsident:

Li Keqiang, 52 (neu)

Bis zum 17. Parteitag wurde Li Keqiang als möglicher Nachfolger Hu Jintaos gehandelt. Li ist Absolvent der elitären Peking-Universität und ehemaliger Parteisekretär des Kommunistischen Jugendverbandes, Hu Jintao gilt als sein Mentor. Er hat sehr schnell den Aufstieg innerhalb der Partei geschafft und ist das jüngste Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros. Von 1998 bis 2004 war er Parteisekretär der Provinz Henan, ab Dezember 2004 Parteichef der nordöstlichen Provinz Liaoning. Mit der Übernahme des Amtes des ersten stellv. Ministerpräsidenten sind seine Chancen gestiegen, einmal Wen Jiabao zu beerben.

Stellvertretende Ministerpräsidenten:

Wang Qishan, 60 (neu)

Geboren 1948 in Tianzhen, Shanxi Provinz. Besetzte verschiedene Positionen in führenden Banken wie der China Investment Bank und der China Construction Bank. Das Politbüromitglied und bis vor kurzem noch Bürgermeister der Stadt Peking wird als Vizepremier verantwortlich sein für den Bereich der Finanzen.

Zhang Dejiang, 62 (neu)

Geboren 1946 in Tai'an, Liaoning Provinz. Seit Mitte der 1980er Jahre hat er verschiedene Positionen in Partei- und Staatsorganen in Peking sowie in den Provinzen Jilin und Zhejiang inne gehabt. Das Politbüromitglied (seit 2002) war zuletzt Generalsekretär der Provinz Guangdong, des "Powerhouse" der chinesischen Wirtschaft.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

Hui Liangyu, 64 (bestätigt)

Geboren 1945 in Yushu, Jilin Provinz. Ehemaliger Gouverneur der Provinz Anhui und vormaliger Sekretär des Parteikomitees der Provinz Jiangsu. Das Mitglied des Politbüros wurde für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt und übernimmt wie zuvor die Verantwortung für den Bereich der Landwirtschaft.

Staatsräte

Liu Yandong, Dai Bingguo, Liang Guanglie, Meng Jianzhu, Ma Kai

Minister

Die fünf "Superministerien":

- Industrie- und Informationsministerium: Li Yizhong
- Ministerium für Transport: Li Shenglin
- Ministerium für Humanressourcen und Soziale Sicherung: Yin Weimin
- Gesundheitsministerium: Chen Zhu
- Umweltministerium: Zhou Shengxian

Weitere Behörden im Rang eines Ministeriums:

- Ministerium für Wohnungswesen und städtisch-ländliche Planung: Jiang Weixin
- Außenministerium: Yang Jiechi
- Verteidigungsministerium: Liang Guanglie
- Nationale Kommission für Entwicklung und Reform: Zhang Ping
- Komitee für Angelegenheiten der Nationalen Minderheiten: Yang Jing
- Kommission für Bevölkerung Familienplanung: Li Bin
- Erziehungsministerium: Zhou Ji
- Ministerium für Wissenschaft und Technologie: Wang Gang
- Ministerium für Land und Ressourcen: Xu Shaoshi
- Eisenbahnministerium: Liu Zhijun
- Minister für Wasserressourcen: Chen Lei
- Landwirtschaftsministerium: Sun Zhengcai
- Handelsministerium: Chen Deming
- Kulturministerium: Cai Wu

- Präsident der Zentralbank: Zhou Xiaochuan
- Leiter Nationalen Büros für Rechnungswesen: Liu Jiayi

Annex 2: Der Nationale Volkskongress

Insbesondere im Ausland besitzt der NVK nicht unbedingt einen guten Ruf. Er gilt als Abstimmungsmaschine der Kommunistischen Partei, als minutiös inszenierter Polittevent. Tatsächlich sind die nahezu zwei, sorgsam choreographierten Wochen abgelesener Reden und des Abnicken von Gesetzesvorlagen alles andere als spannend. Doch wie so oft in China verbirgt sich hinter der spröden Fassade einer leninistischen Institution mehr politisches Eigenleben als es der erste Blick vermuten lässt. Oder wie ein Beobachter treffend bemerkte: Es ist das Schicksal des Nationalen Volkskongresses, langweiliger zu scheinen als er tatsächlich ist.³³

Die Reform- und Öffnungspolitik hat in den letzten Jahren, in erster Linie von Seiten der Wirtschaft, zu einem immensen Bedarf an rechtlicher Steuerung und Regulierung geführt. Durch den Beitritt Chinas zur WTO hat sich der Prozess der Verrechtlichung noch einmal erheblich beschleunigt. Für die immer komplexer werdenden Aufgaben der Gesetzgebung bedient sich Peking dabei in wachsendem Maße des NVKs.

Da jedoch ein derart großes Plenum, das zudem nur einmal im Jahr zusammenkommt, kaum arbeitsfähig ist, wurde ein Großteil der Gesetzgebung in den Ständigen Ausschuss des NVK verlagert. Dieses "Ersatzorgan", dem lediglich 5 Prozent der Delegierten angehören, hat seit den neunziger Jahren ein beachtliches Gewicht in der nationalen Politik gewonnen. Parallel zur erhöhten gesetzgeberischen Tätigkeit ist auch die Arbeit in den Fachausschüssen

³³ Ting Shi: "Rubber stamp or not, annual session bears watching closely", in: South China Morning Post (1.3.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

und Arbeitsorganen bedeutend professioneller geworden. Zu Beginn der Reformperiode verfügte der NVK noch über weniger als ein Dutzend ständiger Mitarbeiter. Heute sind es mehr als 2.000 Referenten, die an der Vorbereitung von Sitzungen, Betreuung der Delegierten und in den Fachausschüssen aktiv sind. Sie verschaffen dem NVK damit eine unabhängige Arbeits- und Informationsgrundlage.³⁴

In der Praxis unterliegt der NVK jedoch nach wie vor den Weisungen der Partei. Er ist noch weit davon entfernt, wesentliche parlamentarische Rechte wie Haushaltskontrolle oder Bestellung und Abberufung der Regierung eigenständig wahrzunehmen.³⁵ Das größte Hindernis ist dabei sicherlich die streng geregelte Auswahl der Delegierten. So wurde z. B. ein allzu aktives Mitglied des 10. NVK, das sich durch Forderungen nach einer Offenlegung von Funktionärsgehältern einen Namen gemacht hatte, nicht wieder für den 11. NVK nominiert.³⁶ Doch macht gerade dieser Fall deutlich, dass sich mittlerweile Anzeichen eines "begrenzten politischen Eigenlebens" (Heilmann) erkennen lassen. Schon wiederholt kam es zu zeitweiligen Blockierungen von Gesetzesvorhaben durch den Ständigen Ausschuss des NVK. Auch die Abstimmungsdisziplin hat abgenommen. Dem umstrittenen Projekt des Dreischluchten-Staudammes z. B. versagten bereits 1992 ein Drittel der Abgeordneten ihre Zustimmung. Die ehemals praktizierte, ausschließlich einstimmige Annahme von Gesetzesvorschlägen ist heute nicht mehr üblich. Deutlich wurde die neue Rolle des NVK auch bei der Ausarbeitung des neuen Anti-Monopol und des Eigentumsgesetzes, die erst nach jahrelangen Debatten und meh-

ren Lesungen im letzten Jahr ratifiziert werden konnten.

Doch erst wenn bei der Ernennung der Delegierten eine größere Unabhängigkeit erreicht wird, dürfte der Volkskongress zu einer tatsächlich unabhängigen, dritten Kraft neben dem Politbüro und dem Staatsrat im politischen System der VR China werden.

Der Ständige Ausschuss des NVK

Vorsitzender

Wu Bangguo, 67 (bestätigt)

Sprecher des Nationalen Volkskongresses. Geboren 1941 in Feidong, Anhui Provinz. Studierte Elektroingenieurwesen an der Pekinger Qinghua Universität. 1991-1994 Parteisekretär in Shanghai, danach verschiedene Posten in der Zentralregierung. Seit 1994 im Politbüro, seit 2002 im Ständigen Ausschuss. 2003 zum Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses gewählt und damit die offizielle Nr. 2 in der Hierarchie der KPCh.

Generalsekretär:

Li Jianguo, 62 (neu)

Stellv. Vorsitzende: Wang Zhaoguo, Lu Yongxiang, Uyunqing, Han Qide, Hua Jianmin, Chen Zhili, Zhou Tienong, Li Jianguo, Ismail Tiliwaldi, Jiang Shusheng, Chen Changzhi, Yan Junqi, Sang Guowei.

Ausschussvorsitzende

Angelegenheiten der ethnischen Minderheiten: Ma Qizhi

Recht: Hu Kangsheng

Inneres und Rechtsangelegenheiten: Huang Zhendong

Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit: Bai Keming

Auswärtige Angelegenheiten: Li Zhaoxing

Überseechinesen: Gao Siren

Umwelt- und Ressourcenschutz: Wang Guangdao

³⁴ Vgl. Heilmann 2004, S. 137.

³⁵ Bisher hat er noch nie eine Gesetzesvorlage zurück gewiesen.

³⁶ Raymond Li: "Outspoken deputy loses place over calls for new income-disclosure rules", in: South China Morning Post (3.3.2008).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

26. März 2008

www.kas.de

Landwirtschaft und ländliche Gebiete:
Wang Yunlong

Die Zentrale Militärkommission

Vorsitzender: Hu Jintao (bestätigt)

Stellv. Vorsitzende:

Guo Boxiong, 66; Xu Caihou, 65 (bestätigt)

Präsident des Obersten Volksgerichtshofes

Wang Shengjun, 62 (neu)

Generalstaatsanwalt der Obersten Volksstaatsanwaltschaft

Cao Jianming, 53 (neu)

Annex 3: Die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes

Traditionell tagt gleichzeitig mit dem Nationalen Volkskongress in Peking auch die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes. Es ist das oberste beratende Gremium der Volksrepublik. Nur 40 Prozent seiner Delegierten sind Mitglieder der Kommunistischen Partei. Neben Vertretern der acht "Demokratischen Parteien", gehören ihr auch Delegierte der Massenorganisationen und Verbände sowie weitere gesellschaftliche Gruppen wie Mediziner, Lehrer, Bauern oder Sportler an. Größere Einzelgruppen bilden auch die Künstler, Wissenschaftler und Ingenieure. Seit dem Jahr 1998 ist zudem die Zahl der Mitglieder aus der Privatwirtschaft ständig gestiegen. Schließlich gehört der PKKCV noch eine Gruppe "gesondert eingeladener Persönlichkeiten" an. Es handelt sich hierbei um Prominente, deren Teilnahme hauptsächlich dem Ziel dient, der Politischen Konsultativkonferenz einen gewissen Glanz zu verleihen. So war im bisherigen Plenum auch der 38-jährige Enkelsohn von Mao Zedong vertreten, für die nun folgende Le-

gislaturperiode wurde der Sohn von Deng Xiaoping nominiert.³⁷

Tatsächlich fristet die PKKCV jedoch seit ihrer Gründung ein Schattendasein. Auch als die Partei ihr Anfang der 1990er Jahre einige neue Funktionen zuwies, änderte sich daran nichts. Nach wie vor besteht ihre Hauptaufgabe darin, der Partei- und Staatsführung Vorschläge für Maßnahmen zu unterbreiten, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Bildungs-, Kultur-, und Gesundheitspolitik, aber auch zu Fragen der Rechts- und Verwaltungsreform. Sie ist insofern ein reines Konsultativorgan, das über keinerlei Beschluss- oder Entscheidungsbefugnisse verfügt. Wiederholt wird sie jedoch von der chinesischen Führung als Vorzeigeobjekt herausgestellt, um auf diese Weise die Partizipation breiter gesellschaftlicher Kreise an der Regierung zu demonstrieren.³⁸

Vorsitzender:

Jia Qinglin, 62 (bestätigt)

Geboren 1940 in Botou, Hebei Provinz. Studierte Ingenieurwesen und gilt als einer der engsten Verbündeten von Jiang Zemin. In den 90er Jahren in leitender Funktion in der Provinz Fujian und auch in Peking tätig. Von 1996-1999 Bürgermeister von Peking. Seit 1999 Mitglied des Politbüros, seit 2002 im Ständigen Ausschuss. Er ist der Koordinator der Taiwanpolitik innerhalb der Parteiführung. Seit 2003 Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz. In seine Amtszeit in Fujian fällt aber auch einer der größten Korruptionsskandale. Seine Beliebtheit ist deshalb nicht sehr groß.

Stellv. Vorsitzende: Deng Pufang, Qiang Yunlu, Du Qinglin, Wang Gang, Li Jinhua, Sun Jiazheng

³⁷ Ng Tze-wei: "Mao's grandson makes debut", in: South China Morning Post (5.3.2008).

³⁸ Vgl. auch Jochen Kleining: "Bewegung in der 'Einheitsfront'? Das neue Weißbuch zum politischen Parteiensystem der VR China, in: KAS-Länderbericht China 12/2007, www.kas.de/china